

Was für die Politiker der politische Aschermittwoch ist,  
ist für uns Gewerkschafter der 1. Mai.

Tag der Abrechnung!

Der 1. Mai ist unser Tag.

Ein Tag, an dem wir unter anderem für soziale Rechte und  
den Respekt und Wertschätzung der arbeitenden Menschen  
demonstrieren.

Er ist unser Tag, an dem wir deutlich machen, wie wichtig  
Gewerkschaften in unserem Land sind und das es ohne  
Gewerkschaften keinen sozialen Fortschritt geben würde und  
wir Gleichzeitig Tag für Tag für Demokratie in den Betrieben  
eintreten.

## **Gute Arbeit – Soziales Europa**

Das ist das diesjährige Motto des DGB's!

Dazu liebe Kolleginnen und Kollegen,

liebe Gäste ,

begrüße ich euch hier und heute in Rheine recht herzlich.



Zunächst einmal herzlichen Glückwunsch an die Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst. Ihr habt Mut bewiesen. Ihr habt für Eure Interessen gekämpft und gewonnen.

Für die Beschäftigten im BHG ist die Situation eine andere. Wir sind mitten drin. Die 4. Verhandlungsrunde beginnt am 5. Mai und die Verhandlungen drohen zu Scheitern. Aber nicht weil die Bauarbeiter unverschämt geworden sind, sondern weil die Arbeitgeber die Leistung der am Bau beschäftigten, die bei Wind und Wetter arbeiten, in keinster Weise Wertschätzen.

Wir fordern ein Gesamtpaket von 7 %, denn die Baukonjunktur brummt.

Das letzte Angebot der Arbeitgeber mit zwei Mal nur 2% für insgesamt 30 Monate, also mit vielen Nullmonaten, ist ein Witz, ein Schlag ins Gesicht.

Dabei geht es uns nicht nur um eine deutliche Lohnerhöhung, sondern auch um den Ausgleich für gestiegene Kosten der Baubeschäftigten bei der Arbeit, das dreizehnte Monatseinkommen und mehr Gerechtigkeit bei den Zusatzrenten.

Bei den Fahrtkosten zu weit entfernten Baustellen mit ihren PKW und bei den Unterkunftsrenten legen Baubeschäftigte schon lange drauf.

Mit den dafür gezahlten Geldern kann man heute die Fahrtkosten nicht mehr decken und eine Unterkunft für 20 Euro findet man fast nirgendwo mehr.

Die Höhe des 13. Monatseinkommens wollen die Arbeitgeber nur noch betrieblich oder einzeln vereinbaren, nicht mehr im Tarif.

So etwas kennen wir: Da würde dann solcher Druck gemacht, dass am Ende fast nichts mehr bezahlt wird. Das darf nicht sein.

Auch beim Thema tarifliche Zusatzrente klemmt es noch.

Obwohl die Rentenprobleme für Bauarbeiter in ganz Deutschland gleich sind, wollen die Bauarbeitgeber im Osten weiter keine Zusatzrente zahlen. Und das nach 25 Jahren deutscher Einheit!

Gegen solche Provokationen hilft nur noch mehr Druck in den Betrieben.

---

Denn wenn Beschäftigte nicht bereit sind, sich um ihre Interessen zu kümmern und sich zu organisieren, zahlen sie am Ende immer drauf.

Die Gebäudereinigerinnen haben das vor einigen Jahren begriffen und haben sich trotz aller Ängste organisiert. Und sich dann irgendwann getraut, für Tariflöhne zu streiken.

Nur deshalb haben wir es geschafft, ihre Entlohnung deutlich zu verbessern.

Den Menschen in Branchen und Betrieben, die noch unorganisiert sind, müssen wir mit solchen Beispielen deutlich machen: Wenn man selbst aktiv wird, dann ist viel mehr drin als nur der Mindestlohn.

Aber gewinnen kann man nur, wenn viele mitmachen und man eine starke Gewerkschaft im Rücken hat!

---

## A n r e d e !

Es geht den Arbeitgebern dabei nicht nur um Gewinnmaximierung, wenn Unternehmen unfaire Arbeitsbedingungen schaffen.

Es geht ihnen immer auch um Macht, um unsere Schwächung und um die Spaltung der Belegschaften.

Werkverträge, Leiharbeit, Minijobs, Scheinselbständigkeit, Arbeit auf Abruf, Entsendung, sachgrundlose Befristung – es gibt mittlerweile viele Namen dafür und das waren noch längst nicht alle.

Die Arbeitgeber wollend damit den Schutz durch Sozialgesetze und Arbeitsrecht umgehen.

Sie wollen Tarife aushebeln und uns spalten.

Je mehr Untergruppen entstehen, desto besser für sie.

Teile und herrsche – das wussten schon die alten Römer!

Wenn jeder das Risiko des Absturzes vor Augen hat, macht das Vielen Angst.

Und die Angst macht oft stumm.

Augen zu, Maul halten und durch – so hätten sie uns gerne.

Das ist der eigentliche Sinn dieser Instrumente!

Dieser Werkzeugkasten für Unternehmer ist nach mittlerweile 30 Jahren so genannter Arbeitsmarktreform prall gefüllt.

Das ist das „Modell Deutschland“, das Unternehmer und marktradikale Politiker gerade überall in Europa anpreisen und imitieren.

Angeblich hat dieses Modell ja viele neue Jobs geschaffen.

Aber merkwürdig, die ganzen Hartz-Reformen, Beschäftigungsförderungsgesetze und wie sie sonst noch alle heißen, sie haben nicht zu mehr Arbeitsstunden in Deutschland geführt. Deren Zahl ist gleich geblieben.

Aber dazu, dass jetzt ein Viertel der Beschäftigten für einen Hungerlohn arbeitet!

Dazu, dass wir jetzt Millionen Menschen haben,

die trotz Vollzeitarbeit Hilfe vom Staat oder Zweitjobs  
benötigen, um über die Runden zu kommen!

Die verfügbare Arbeit wurde nur umverteilt.

Von anständig zu schlecht bezahlt.

Von sicher zu unsicher.

Was mussten und müssen wir uns anhören:

„Sozial ist, was Arbeitsplätze schafft!“

Ich sage:

„Sozial ist, was Arbeitsplätze schafft von denen man leben  
kann.

A sozial ist, was Arbeitsplätze schafft, von denen man nicht  
leben kann!“

Damit muss Schluss gemacht werden!

Denn von 4 oder 5 Euro pro Stunde kann hier niemand leben.

Deshalb haben wir den Kampf für den gesetzlichen  
Mindestlohn aufgenommen.

---

Eine Untergrenze, unter die niemand mehr fallen kann und darf – **ohne Ausnahmen**.

Eine Angstbremse, die den Beschäftigten wieder Mut gibt, für mehr zu kämpfen und ihre Rechte durchzusetzen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, machen wir uns nichts vor, ein Mindestlohn von **8 Euro fünfzig** ist noch kein guter Lohn. Er reicht nicht aus. Und wenn man Familie hat, wird es überall eng.

8,50 € sind fürs Sterben zu viel und für ein würdevolles Leben zu wenig.

Er hilft vor allem, die Ausbeutung einzudämmen.

Aber nur dann, wenn er ohne Ausnahmen kommt.

Der Entwurf der Regierung enthält davon noch zu viele.

Unternehmen wie Amazon und die Werkvertragsunternehmen könnten dadurch ihr Geschäftsmodell weiterführen, denn sie könnten noch viele Langzeitarbeitslose und Jugendliche mit befristeten Verträgen ausbeuten.

Das wollen wir nicht und deshalb müssen wir aktiv bleiben.

Diese Ausnahmen müssen alle verschwinden!

Auch die Auftraggeberhaftung für ihre

Werkvertragsunternehmer muss nachgebessert werden.

Diese Haftung ist ja nur nötig, wenn der andere Unternehmer den Mindestlohn nicht korrekt zahlt.

Schöne Papiere dieses Unternehmers, in denen das Gegenteil steht, sollen nach dem Entwurf aber ausreichen, damit der Auftraggeber nicht haftet. Obwohl der Preis für die eingekaufte Arbeit viel zu niedrig war.

Wir werden dafür kämpfen, dass hier keine faulen Ausreden mehr ziehen!

Die Gegner von Mindestlöhnen verbreiten ohne Unterlass eine Mär.

Mindestlöhne vernichten Arbeitsplätze.

Ihnen sei gesagt, dass die Mindestlöhne in der Bauwirtschaft und im Gebäudereiniger Handwerk keine Arbeitsplätze vernichtet haben.

---

Im Gegenteil – hätten wir im Baugewerbe keinen Mindestlohn, dann wären Arbeitsplätze vernichtet worden. Mindestlöhne schützen im Übrigen auch die Arbeitgeber vor Schmutzkonkurrenz!

A n r e d e !

Wenn der Mindestlohn endlich da ist, muss er effektiv kontrolliert werden, sonst wirkt er nicht.

Und da liegt noch Einiges im Argen.

Die zuständige Behörde, die Finanzkontrolle Schwarzarbeit des Zoll, ist total unterbesetzt.

Von 6500 Stellen sind nur 5800 besetzt.

Das reicht nicht mal, um die jetzigen Mindestlohnbranchen zu überwachen.

Wenn sie mit dieser Besetzung demnächst 10 mal mehr Arbeitsplätze kontrollieren soll, geht das bestimmt nicht!

---

Wir brauchen tausende neuer Kontrolleure!

Und die müssen viel besser bezahlt und ausgerüstet werden als heute.

Das wäre eine gute und sinnvolle Investition.

Und die rechnet sich sofort, denn die zusätzlichen Kontrolleure finanzieren sich selbst durch Geldstrafen und zusätzliche Abgaben.

Aber Schäuble, ihr oberster Chef, verweigert jede Aufstockung.

Er redet von Umverteilung der Arbeit im Zoll, als wenn die anderen Zöllner nur Däumchen drehen würden!

Die Konservativen sprechen ja sonst gerne von Recht und Ordnung und rufen ständig nach der Polizei.

Nur beim Mindestlohnbetrug sind sie plötzlich still.

Da verdienen viel zu viele Unternehmer mit.

Aber wir schweigen dazu nicht!

Mindestlohnbetrug ist Untreue! Er ist Urkundenfälschung!

Und manchmal sogar Nötigung und Erpressung.

Also schwere und organisierte Kriminalität.

Gegen mafiöse Strukturen helfen keine Bußgelder!

Damit muss aufgeräumt werden.

Solche Unternehmer betrügen nicht nur den Staat,

sondern auch noch ihre Beschäftigten!

Sie müssen erst Recht in den Knast!

Und warum müssen eigentlich die betrogenen Beschäftigten ihren Mindestlohn immer noch selbst einklagen? Und das innerhalb kurzer Fristen, weil der Unternehmer ihn sonst behalten darf?

Wo gibt es das sonst noch? Bei Einbruch muss das Opfer auch nicht erst den ertappten Einbrecher auf Rückgabe der Beute verklagen, die gibt ihnen die Polizei heraus.

Egal wann der Einbruch war.

So muss das auch beim Mindestlohnbetrug gemacht werden.

Sonst wird das nichts!

---

## A n r e d e !

Viele junge Menschen fühlen sich bei der Diskussion um den Mindestlohn von der Politik verhöhnt.

Denn sie hätten gerne eine Ausbildungsstelle, aber bekommen keine.

Trotz allem Gejammer über den Fachkräftemangel hat es das angebliche Musterland Deutschland in den letzten Jahren geschafft, über 1,4 Millionen junger Menschen keinen Berufsabschluss zu geben.

Und noch immer verschwinden fast 270.000 junge Menschen jedes Jahr in den Warteschleifen zwischen Schule und Ausbildung.

Das heißt: Jeder dritte Schulabgänger findet keinen Ausbildungsplatz.

Es ist zynisch, wenn in der Mindestlohndiskussion behauptet wird, sie seien quasi geil auf eine ungelernte Tätigkeit für **8 Euro fünfzig**.

Es ist Hohn, wenn ihnen unterstellt wird, sie würden sich nicht ausbilden lassen, wenn sie als Ungelernte etwas mehr verdienen könnten. So ein Unsinn.

Es gab und gibt einfach nicht genug Ausbildungsstellen!

Auch zig Bewerbungstrainings helfen Dir nicht, wenn Meister Röhricht plötzlich nur noch Azubis mit Abitur will und Du keines hast.

Oder wenn Du im falschen Viertel wohnst.

Trotz Superzeugnis den falschen Nachnamen hast oder in einigen Berufen das falsche Geschlecht...

Dann bekommst Du keine Chance und oft nicht mal eine Absage auf Deine Bewerbung.

Es ist beschämend, diese Jugendlichen auch noch mit einer Mindestlohnausnahme zu bestrafen, wenn sie eine ungelernete Tätigkeit aufnehmen anstelle einer Ausbildung.

Ich fordere von Arbeitgebern und Politik:

Lasst dieses Geschwätz! Streicht diese Ausnahme!

---

Sorgt endlich für mehr Ausbildungsstellen, ein besseres Schulsystem und eine andere Einstellungspolitik!

A n r e d e !

Auch am Ende des Berufslebens brauchen wir Verbesserungen.

Gerade wir von der IG BAU haben in den letzten Jahren immer wieder deutlich gemacht, dass die Rente mit 67 ungerecht ist.

Besonders für hart arbeitende Menschen nicht nur am Bau, die früh angefangen haben.

Sie wurden bei den Rentenreformen bisher doppelt bestraft.

Durch drastische Einschnitte bei der EU-Rente und durch hohe Abzüge.

Die meisten von ihnen können es gesundheitlich nicht schaffen, von 15 bis 67, also 52 Jahre lang zu arbeiten.

Gerade solche Menschen sind oft schon mit 60 so kaputt, dass gar nichts mehr geht.

Es ist daher kein Geschenk, sondern ein Ausdruck von  
Gerechtigkeit, Wertschätzung und Respekt, wenn sie nun  
wenigstens mit 63 abschlagsfrei in Rente gehen dürfen.

Sie standen ja 45 Jahre im Arbeitsleben.

Die Rente mit 63 ist unser Erfolg!

Den lassen wir uns nicht kaputt machen.

Unionspolitiker wollen diese Reform mit Höchstzeiten und  
Stichtagsregelungen beim Thema Arbeitslosigkeit wieder  
durchlöchern.

Das darf nicht sein, denn Beschäftigte können nichts dafür,  
wenn sie immer nur befristet beschäftigt werden, wenn ihre  
Firma Pleite geht oder wenn es jahrelang keine  
Schlechtwetterregelung gab oder wenn sie jedes Jahr aufs  
Neue Witterungsbedingt gekündigt werden, wie z.B. ein  
Maler, - Lackierer oder in der Gastronomie?

Es sind die Arbeitgeber und die Politik,  
die dafür verantwortlich sind!

Die Wirtschaft macht massiv Stimmung gegen die Reform und  
will sie noch verhindern.

Sie weist dazu auf die Kosten hin.

Die kommen aber ganz überwiegend durch die Mütterrente.

Ich habe nichts gegen die Mütterrente, aber in einem Punkt ist die Kritik daran nicht ganz falsch:

Diese gesamtgesellschaftliche Leistung soll wieder einmal von der Sozialversicherung finanziert werden.

Sie kommt aber allen Müttern zugute.

Also muss sie durch Steuern finanziert werden und nicht von den Versicherten!

Bei dem geplanten Rentenpaket ist allerdings ein Punkt in Vergessenheit geraten – **das Rentenniveau!**

Gehen wir mal davon aus, dass ein Beschäftigter eine lückenlose Erwerbsbiografie aufweist. Ich meine vom 16. Lebensjahr bis zum Renteneintrittsalter mit 63, immer gesund, keine Ausfallzeiten, keine Arbeitslosigkeit. Eigentlich ein Glücksfall.

Aber die Reformen der gesetzlichen Rentenversicherung haben dazu geführt, dass das Rentenniveau im Jahr 2030 auf

43 % gesenkt wird. Das Niveau ist um ein Fünftel niedriger als noch zur Jahrtausendwende. Die Dynamisierung der Renten wird von der Bruttoentgeltentwicklung abgekoppelt.

Und jetzt nehmen wir einen jungen Menschen, der eine Ausbildung gefunden und erfolgreich abgeschlossen hat und in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen wird-zum Mindestlohn von 8,50 €.

Welche Perspektiven hat er? Eine Familie davon ernähren?

Das geht eher recht als schlecht. Eines ist jedoch gewiss. Die Altersarmut ist vorprogrammiert und wir dürfen eins dabei nicht vergessen, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir leben in einem der reichsten Länder dieser Welt.

Ich will und kann mich nicht mit diesem Gedanken anfreunden.

Wir dürfen uns nicht abspeisen lassen und müssen weiter dafür kämpfen, dass das Rentenniveau erhöht wird.

Bei diesem Kampf ist es wichtig nicht nur den Blick nach vorne zu richten, sondern auch nachhinten.

Bereits 1932 mahnten Politiker-Zitat:

„Wir werden ein Volk ohne Jugend sein. Dem deutschen Volkskörper droht Geburtenschwund und Überalterung.“  
Es zeigt uns, dass das Problem mit dem demographischen Wandel bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts vorhanden war und dennoch ein Rentensystem geschaffen wurde, das relativ gerecht war und in dem Altersarmut nicht vorprogrammiert war.

Das eigentliche Problem liegt ganz wo anders.

Zum einen muss die Beteiligung an unseren Sozialen Sicherungssystemen ausgeweitet werden - hin zur Bürgerversicherung und zum anderen geht die Schere zwischen der Entwicklung des Bruttoinlandproduktes und der realen Lohnentwicklung auseinander.

Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf ist in Deutschland von 1991 bis 2006 um 20,7 % gestiegen.

Der Reallohn ist in Deutschland von 2000 bis 2008 um 0,8 % gesunken.

Selbst in Spanien ist der Reallohn in der gleichen Zeit um 4,6 % gestiegen.

Wäre in Deutschland der Reallohn genauso stark gestiegen wie das BIP, wäre der demographische Wandel für unser Rentensystem überhaupt kein Problem.

Leider setzt sich der langjährig anhaltende, einseitige Verteilungstrend in Deutschland fort. Jeder 4. Hartz IV Empfänger in NRW ist erwerbstätig (26,2). Alleine anhand dieses Beispiels wird deutlich, wie wir von den Politikern und Arbeitgebern seit Jahren manipuliert werden!

Es gibt also keinen Grund für Zurückhaltung, weder bei der Erhöhung von Löhnen, Gehältern und Ausbildungsvergütungen noch bei Verbesserungen bei den Renten, die dringend Notwendig sind.

**A n r e d e !**

Wir stehen kurz vor der Europawahl.

Eines der heißen Themen ist das geplante Freihandelsabkommen der EU mit den USA.

---

Denn darüber werden letzten Endes wahrscheinlich nur noch die Europaabgeordneten abstimmen können.

Nicht nur Rheine, sondern auch ein Teil der deutschen Wirtschaft lebt vom Welthandel.

Grundsätzlich haben wir nichts dagegen, wenn der Handel untereinander erleichtert wird.

Solange das zum gegenseitigen Vorteil für alle ist.

Aber darum geht es bei diesem Abkommen gar nicht.

Die Marktradikalen, Neoliberalen und Multis nutzen solche Abkommen vielmehr, um ihre eigene Agenda durchzusetzen.

Sie spielen sich die Bälle zu, um demokratische Entscheidungen der Parlamente zu untergraben.

Sie wollen lästige Arbeitsschutz- und Verbraucherschutzregeln loswerden.

Wir sollen das möglichst nicht mitbekommen.

Deshalb hält die EU-Kommission ihre Forderungen an die USA ebenso geheim wie die US-Forderungen an sich selbst.

---

Sogar Abgeordnete dürfen sich keine Notizen machen,  
wenn sie überhaupt an die Dokumente kommen.

Die Pläne für dieses Abkommen, das T T I P,  
haben es nämlich in sich.

Private Investoren sollen gegen Staaten klagen können, wenn  
sie einen Gewinn erwarten, aber dieser durch demokratische  
politische Entscheidungen ausfällt.

Oder schon dann, wenn sie „unfreundlich“ behandelt,  
also durch Behörden kritisiert, werden.

Das Ganze soll sich nicht vor normalen Gerichten abspielen,  
sondern vor Schiedsgerichten aus Anwälten, die sonst andere  
Investoren vertreten.

Da ist der Erfolg solcher Klagen garantiert.

Was bedeutet das in der Praxis?

Dafür gibt es schon Beispiele.

Der schwedische Konzern Vattenfall klagt gegen die Bundesrepublik Deutschland wegen des Atomausstiegs. Marlboro klagt gegen die australische Pflicht, Krebsbilder auf ihre Zigarettenpäckchen drucken zu müssen. Und ein ausländisches Unternehmen verklagt Ägypten, weil die den Mindestlohn erhöht und den Arbeitsschutz verbessert haben! Alles mit der Begründung, damit würde ihr Gewinn geschmälert!

Wenn das so kommt, kann man auch gleich die Wahlen abschaffen.

Denn bei jedem neuem Gesetz, das irgendeinem US-Investor nicht gefällt, werden dann Milliarden Euro Strafzahlung fällig.

Der Aufkleber gentechnikfrei würde dann als „unfreundlich“ verboten.

Damit wir schön das Genfleisch kaufen, ob wir wollen oder nicht!

Das in der EU übliche Vorsorgeprinzip bei Chemikalieneinsatz steht ebenfalls auf der Kippe.

Es würde durch die in der USA-übliche Vorgehensweise ersetzt. Statt vorher zu prüfen, ob eine Chemikalie schädlich ist, wird das Zeug erst einmal eingesetzt.

Eventuelle Opfer oder ihre Hinterbliebenen können dann ja die Firma verklagen, wenn es schief gehen sollte.

Kolleginnen und Kollegen,

so etwas ist krimineller Unsinn! Das hatten wir früher auch schon mal und dieses verantwortungslose System hat Zigtausende Contergan- und Seveso-Opfer und Hunderttausende Asbestopfer gefordert.

Das Abkommen ist auch nicht ausgewogen.

In der EU wird es bis in die letzte Gemeinde zuschlagen, in den USA gilt es nicht einmal für ihre Bundesstaaten.

---

Kein Wunder, dass selbst geschönte Zahlen der EU von 15% Wachstum für die USA und viel weniger für die EU sprechen!

Die Zeit reicht heute nicht,  
um hier alle üblen Punkte aufzuzählen.

Macht Euch schlau, diskutiert mit, lasst es nicht so weit kommen!

A n r e d e !

Bei der Europawahl geht es aber um noch viel mehr.

Die Marktradikalen in der EU-Kommission und die konservativ-liberalen Mehrheiten im Rat und im Parlament setzen sich immer wieder für die Interessen von Firmen ein, die freie Fahrt für ihr Sozialdumping wollen.

Sie wollen eine Lohnspirale nach unten.

Eben erst wurde nach vielen Entsendeskandalen eine Richtlinie beschlossen, die endlich die Durchsetzung und

bessere Kontrolle der Mindestlöhne für Entsendearbeiter bewirken soll.

Tatsächlich aber erschwert sie dies.

Das ist eine ganz üble Mogelpackung.

Ein anders zusammen gesetztes Europaparlament hätte uns davor schützen können.

Aber leider sind die Beschäftigten beim letzten Mal kaum wählen gegangen und nun haben wir den Salat.

Das darf sich diesmal nicht wiederholen.

Wir wollen keinen Wettlauf nach unten!

Wir wollen keine Arbeitsbedingungen und Löhne wie in China!

Wir wollen faire Mobilität!

Wir wollen sozialen Fortschritt statt Rückschritt für alle Menschen in der EU!

---

Dafür brauchen wir Abgeordnete im Europaparlament,  
die das gegenseitige Steuer- und Sozialdumping in Europa  
endlich stoppen!

Deshalb:

Geht wählen und schleift andere mit, damit diesmal nicht  
wieder das Kapital allein die Wahl entscheidet.

Und wählt richtig:

Die demokratisch und sozial orientierten Kräfte!

Denn wer aus Protest gegen innereuropäisches  
Sozialdumping, Rechtspopulisten wie die AfD wählt,  
schießt sich selbst ins Knie.

Diese Parteien setzen auf Rassismus und Spaltung.

Sie sind die Lautsprecher der Wildesten unter den  
Kleinunternehmern und Freiberuflern,  
denen selbst die FDP nicht genügt.

Sie würden uns am liebsten verbieten.

Solche Parteien sitzen schon im Europäischen Parlament.

Wenn es bei Abstimmungen hart auf hart kommt,  
halten sie immer zu den Dumpingunternehmern aus dem  
Ausland.

Denn, wenn sie jemanden noch mehr hassen als einander,  
dann ihren gemeinsamen Feind:

### **Uns Gewerkschaften!**

Deshalb: Sorgt dafür, dass richtig gewählt wird!

Damit Europa endlich demokratischer und sozialer wird!

### **A n r e d e !**

In Deutschland zerbröselt die Infrastruktur und wichtige  
Vorhaben kommen nicht voran.

Schuld daran ist die niedrigere Besteuerung für Reiche, die  
riesige Löcher in die öffentlichen Kassen gerissen hat.

Kombiniert mit der Schuldenbremse.

Noch so ein Steckenpferd der konservativ-neoliberalen  
Kräfte.

---

Hätte es diese Kombination vor 170 Jahren schon gegeben, würden wir alle noch zum Plumpsklo und zum Brunnen gehen, denn Kanalisation und Wasserleitungen sind so teuer, dass sie sich erst nach Jahrzehnten rechnen.

Es gäbe auch keine Deiche, sondern ständig Land unter.

Einige Anlagen von damals funktionieren ja noch, aber immer schlechter.

Denn Deutschland musste ja unbedingt den Spitzensteuersatz senken und jetzt leben wir von der Hand in den Mund.

Selbst Geldbringer wie der Nord-Ostseekanal werden nicht mehr vernünftig in Schuss gehalten, sondern immer erst nach langem Gezerre.

Nur 5 Milliarden mehr will die Bundesregierung in den nächsten Jahren für den Erhalt der ganzen Infrastruktur ausgeben.

75 Milliarden wären nach dem DIW nötig, um nur das Vorhandene zu sichern. So etwas ist das Verhungern lassen der Gans, die goldene Eier legt.

Die Rechtspopulisten, Konservativen und Neoliberalen haben auch hier nichts anzubieten.

Steuern, Investitionskredite und gemeinsame Programme sind für sie Teufelswerk.

Der Markt soll es irgendwie richten.

Das ist Unsinn, denn es gibt keinen Markt für Deiche oder wenn doch, kann man sich die Umlage nicht mehr leisten!

Statt dessen brauchen wir für ganz Europa einen Investitionsplan:

Alle Länder brauchen öffentliche Mittel für die Modernisierung der Infrastruktur, für Wohnungsbau, Bildung und Ausbildung und für erneuerbare Energien.

Das sind bessere Investitionen als weiterhin Steuergelder in den Rachen der Spekulanten zu schaufeln.

Die Jugend und die vielen Arbeitslosen überall in Europa – auch hier in Rheine – müssen endlich eine vernünftige Perspektive bekommen.



---

## Das geht nicht zum Nulltarif!

Holen wir uns das Geld da, wo es sowieso nur rumliegt.

Bei den Reichen in ganz Europa, sie merken das ja eh kaum!

In diesem Sinne: Packen wir es an! Gemeinsam geht's.

Glück auf!